NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

6 / 2025

DIE NIEDERSÄCHSISCHE GEMEINDE

ZEITSCHRIFT FÜR RATSMITGLIEDER

77. JAHRGANG

Gemeinde Hatten

Ländliche Räume

- Jubiläumsfeier der UAN **Seite 16**
- Schulisches Mobilitätsmanagement **Seite 18**
- Harsefelds SmartCity **Seite 20**

ZUR PERSON

WAHLEN UND ERNENNUNGEN

Joachim Rüter

Jörg Peters

JOACHIM RÜTER wurde zum Bürgermeister der Gemeinde Wietzendorf, Landkreis Heidekreis, gewählt. Er folgt damit **JÖRG PETERS** nach, der auf eigenen Wunsch zum 31.12.2025 in den Ruhestand treten wird.

Stefan Ritthaler

Marion Schorfmann

STEFAN RITTHALER ist zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Grasberg, Landkreis Osterholz, gewählt worden. Er folgt damit auf **MARION SCHORFMANN**, die im Juni 2025 aus persönlichen Gründen in den Ruhestand verabschiedet wurde. Ritthaler war bisher Erster Samtgemeinderat der Samtgemeinde Zeven.

BUCHTIPP

Battis/Mischang

Gewerbegebiete / Gewerbegebietsentwicklungen

Erstausgabe 2025, 496 Seiten, Hardcover, 119 Euro, ISBN 978-3-406-81986-5

Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 9,
80801 München, info@beck.de, www.beck.de

Die Erstausgabe ist Teil der neuen Reihe Recht der Städte und Gemeinden. Sie bietet eine hervorragende Darstellung der juristischen und zugleich planerisch strategischen Aspekte bei der Entwicklung neuer und Sicherung bestehender Gewerbegebiete.

In dem Handbuch finden sich unter anderem Kapitel zu den gesamten rechtlichen Parametern bei der Planung von Gewerbegebieten, zu den zwingend zu berücksichtigenden umweltrechtlichen Aspekten, zu den Maßgaben für die richtige Standortentscheidung, zur Bodenpolitik und Baulandstrategie, zu Erschließungs- und Rechtsschutzfragen, zur Erhaltung, Sicherung und Überplanung bestehender gewerblicher Nutzungen sowie zu steuerrechtlichen Aspekten.

IMPRESSUM

„Die Niedersächsische Gemeinde“ erscheint sechsmal jährlich. Bezugspreis jährlich 36 Euro, Einzelpreis sechs Euro, jeweils zuzüglich Porto. In sämtlichen Verkaufspreisen sind sieben Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Für Mitglieder des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bestellungen bitte an: stautmeister@nsgb.de.

HERAUSGEBER: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund. Präsident: Dr. Marco Trips, 30159 Hannover, Arnswaldtstr. 28, Tel. 0511 30285-0, Fax 0511 30285-30, nsgb@nsgb.de, www.nsgb.de

REDAKTION UND ANZEIGENLEITUNG: Chefredaktion: Andreas Kröling, Tel. 0511 30285-44, kroeling@nsgb.de; Anzeigenleitung: Ute Stautmeister, Tel. 0511 30285-15, Fax 0511 30285-815, stautmeister@nsgb.de. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. Mit dem Namen der Verfasserin oder des Verfassers veröffentlichte Aufsätze und Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. In Ausnahmefällen wird nicht gegendert. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Ab 1.1.2026 gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52.

GESAMTHERSTELLUNG: W&S Epic GmbH, Schulze-Delitzsch-Str. 35, 30938 Burgwedel, Tel. 05139 8999-0, Fax 05139 8999-50.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

EWE netz

Wir machen die Energienetze zukunftsfit.

Die Energieversorgung ist im Umbruch. Hierfür investieren wir in eine moderne zukunftssichere Infrastruktur.

ewe-netz.de

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wo sind Sie gerade, wenn Sie dieses Editorial lesen? Auf dem Sofa mit dem Tablet in der Hand und online – oder blättern Sie in der Papierausgabe, während Sie sich auf die Ratssitzung vorbereiten? Kennen Sie unseren Ratsbrief? Welche Themen interessieren Sie?

Wir schauen gerade, ob und wie wir mit Ihnen als Ratsmitglied oder ehrenamtliche Bürgermeisterin oder Bürgermeister in Kontakt treten. Was wünschen Sie sich – was kann verbessert werden? Dazu machen wir eine kurze Umfrage, die sich innerhalb von ein, zwei Minuten beantworten lässt. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich über diesen QR-Code daran beteiligen!

Im Übrigen sind die kommunalen Themen dieselben geblieben – was auch für das kommende Jahr gelten wird. Die seit Bestehen der Bundesrepublik schlechteste Finanzlage der Kommunen mit hohen Defiziten, steigenden Investitions- und Kassenkrediten wird sich nach den Wirtschaftsprognosen fortsetzen. Es bleibt bei den erzwungenen Finanzierungspflichten der Kommunen außerhalb ihrer Zuständigkeiten, zum Beispiel für Krankenhäuser, Hausärzte oder Ganztagspädagogik. Echte Reformen oder auch nur Schritte dorthin lassen auf sich warten. Wir werden damit umgehen müssen, dass die Finanzen schlechter und die Gestaltungsspielräume geringer werden.

Kleine adventliche Lichtblicke vom Land sind eine verbesserte Personalkostenfinanzierung für das KiTa-Personal und das Niedersächsische Kommunalfördergesetz, das zumindest für niedersächsische Gelder eine einfachere und pauschalere Zuteilung verspricht. Schwer fallen jedoch auch hier echte Durchbrüche: Eine Reform dieser überkomplexen und zwei Jahre zurückhängenden KiTa-Abrechnung soll erst in zwei Jahren angegangen werden, und gerade die großen Bundesinvestitionsmittel können aufgrund von Bundesvorgaben eben nicht über das neue NKomFöG abgewickelt werden. Wir treten stets irgendwie auf der Stelle.

Trotz alledem leitet uns gerade zu Weihnachten die Zuversicht, weil wir mit all unseren Anstrengungen und unserer Arbeit eben immer versuchen, das Beste für unsere Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zu erreichen – das Beste für unsere Einwohnerinnen und Einwohner, für unsere Nachbarn und Freunde.

In diesem Sinne wünsche ich einen guten Advent, frohe Weihnachten und ein gutes und friedvolles neues Jahr 2026!

Ihr Marco Trips

DR. MARCO TRIPS
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes

AUS DEM INHALT

STÄDTE UND GEMEINDEN STELLEN SICH VOR
Nachhaltigkeit mit System – wie die Gemeinde Hatten Zukunft baut 2

THEMENSCHWERPUNKT: LÄNDLICHE RÄUME
EU-Förderung 2028 bis 2034
Ministerin Melanie Walter im Interview 4

Mehr als nur Gießkanne: Warum Niedersachsens Regionalförderung unverzichtbar bleibt
Von Dr. Holger Meyer 6

„Wer den ländlichen Raum stärkt, stärkt das ganze Land“
Dr. Marco Trips sprach bei Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft 8

Die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e. V. 10

Zahnärztliche Versorgung in Niedersachsen – der Status Quo und Maßnahmen zur Sicherstellung
Von Magnus Herrmann 12

Tassilo-Tröscher-Wettbewerb 2025
Mutige und zukunftsweisende Initiativen ausgezeichnet 14

KOMMUNALE UMWELT-AKTION UAN
28. Landeswettbewerb Unser Dorf hat Zukunft
Backemoor, Heckenbeck und Meyenburg werden für den Bundeswettbewerb nominiert 15

40 Jahre UAN – unsere Jubiläumsfeier am 29. Oktober 2025 16

VERKEHR
Schulisches Mobilitätsmanagement – neue Fortbildung für sicherere Schulwege
Von Janika Ducks und Mario Jansen 18

UMWELT & ENERGIE
Harsefelds Weg in die Zukunft: Die Smart-City als nachhaltige Ökosiedlung 20

TITELFOTO
Das Rathaus in Hatten – Foto: Gemeinde Hatten

VORSCHAU DNG 1/2026
Themenschwerpunkt: Kommunalwahl 2026
Erscheint am 19. Februar 2026
Redaktions- und Druckunterlagenschluss: 19. Januar 2026

Ökologische Verantwortung mit ökonomischer Vernunft vereint: Kindertagesstätte Löwenzahn

FOTO: GEMEINDE HATTEN

Nachhaltigkeit mit System – wie die Gemeinde Hatten Zukunft baut

In Hatten bedeutet Nachhaltigkeit weit mehr als Energieeffizienz. Die Gemeinde versteht sie als Verantwortung – für Umwelt, Gesellschaft und die kommenden Generationen. Ob in der kommunalen Planung, im täglichen Verwaltungshandeln oder bei der Gestaltung öffentlicher Gebäude: Hatten setzt auf ganzheitliche, zukunftsweisende Lösungen.

Als Fairtrade-Gemeinde und zertifizierte Global Nachhaltige Kommune verfolgt Hatten seit Jahren einen klaren Kurs. Nachhaltigkeit wird als kommunale Querschnittsaufgabe verstanden, die alle Lebensbereiche umfasst – von Klimaschutz und Mobilität bis hin zu regionaler Wertschöpfung und sozialer Gerechtigkeit. Mit der kommunalen Wärmeplanung hat die Gemeinde ein zentrales Steuerungsinstrument geschaffen, um die Energieversorgung Schritt für Schritt klimaneutral zu gestalten. Der Fokus liegt dabei auf erneuerbaren Energien, Effizienz und regionaler Unabhängigkeit.

Wie sich diese Haltung konkret in Bauprojekten widerspiegelt, zeigen die Feuerwehr Sandkrug und die Kita Löwenzahn. Beide Gebäude vereinen ökologische Verantwortung mit ökonomischer Vernunft. Gründächer verbessern das Mikroklima und fördern die Artenvielfalt, während Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen für eine weitgehend autarke Energieversorgung sorgen. Der Einsatz langlebiger, wartungsarmer Technik senkt die Betriebskosten und erhöht die Unabhängigkeit von Energiepreisschwankungen.

Besonders in der Kita Löwenzahn wurde das Prinzip Nachhaltigkeit konsequent umgesetzt. Die Vollholzkonstruktion schafft ein gesundes Raumklima und bindet langfristig CO_2. Linoleumböden aus natürlichen Rohstoffen ergänzen das Konzept ebenso wie die extensive Dachbegrünung. Kurze Transportwege, recycelbare Materialien und eine durchdachte Energieplanung machen das Gebäude zu einem Vorbild für ressourcenschonendes Bauen.

Auch die geplante Kita im Ortsteil Kirchhatten führt diesen Weg fort. Die Gemeinde Hatten orientiert sich dabei an einem modernen Nachhaltigkeitsverständnis, das über reine Energieeffizienz hinausgeht. So werden sowohl der Energieeinsatz beim Bau als auch der spätere Betrieb berücksichtigt. Rund 500 Quadratmeter Dachfläche werden mit Photovoltaikmodulen belegt, die jährlich etwa 160 000 Kilowattstunden Strom erzeugen. Damit produziert das Gebäude deutlich mehr Energie, als es selbst verbraucht. Der entstehende Überschuss eröffnet neue Perspektiven für eine kommunale Energievernetzung zwischen öffentlichen Gebäuden.

Mit Projekten wie diesen zeigt die Gemeinde Hatten, dass Nachhaltigkeit nicht nur ein Schlagwort, sondern eine Haltung ist. Sie wird strategisch gedacht, konkret umgesetzt und stetig weiterentwickelt – von der übergeordneten Planung bis zum einzelnen Bauwerk. So entsteht Schritt für Schritt eine lebenswerte, zukunftsfähige Kommune, in der Umweltbewusstsein, Wirtschaftlichkeit und Gemeinsinn in Einklang stehen. ▮

Entdeckertour durch Hatten mit dem Fahrrad im Juli 2018

Bestellen und in Kindergärten und Schulen verteilen:

Was macht meine Gemeinde? - Das Kinderbüchlein

Der Bürgermeister lacht freundlich. „Wir Bürgermeister haben ja noch ganz viele Mitarbeiter: Erzieherinnen, Gärtner und Leute, die im Rathaus arbeiten, wie ihr jetzt in unserer Nachbargemeinde sehen werdet.“ Dort ist eine Frau die Chefin der Gemeinde. Sie freut sich darauf, den Kindern noch mehr zu zeigen. Der Bürgermeister verabschiedet sich.

„Was machen denn die Mitarbeiter im Rathaus?“, fragt Nele die Bürgermeisterin. „Eine ganze Menge. Sie beraten Menschen, die Hilfe brauchen, geben Ausweise aus oder planen neue Baugebiete. Besonders fröhlich geht es im Rathaus zu, wenn Paare zum Heiraten kommen.“

Begleite die Mädchen und Jungen aus dem Kindergarten zusammen mit dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin auf dem Weg durch die Gemeinde. Es wird erklärt, was zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört. Das ist ganz schön viel: Kindergärten, Schulen, Sportplätze, Feuerwehr und vieles mehr...

Erhältlich unter www.nsgb.de

Kommune. Digital gemacht. connect.

Die modulare Plattform, die Verwaltungen digitalisiert und Teams effizient zusammenarbeiten lässt.

- **Praxiserprobte Lösungen:** Aus der Kommune für die Kommune
- **Digitalisierung leicht gemacht:** Mit 8 Modulen für digitale Zusammenarbeit
- **100 % DSGVO-konform:** Daten geschützt, gehostet in Deutschland

Stadtwerke Lübeck solutions

Im Interview:
Melanie Walter, niedersächsische Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung

EU-Förderung 2028 bis 2034

DNG: *Sehr geehrte Frau Ministerin Walter, Sie sind nun seit Mai dieses Jahres neu im Amt der Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung in der Niedersächsischen Staatskanzlei. Welche Schwerpunkte möchten Sie in dieser Position für Niedersachsen setzen?*

MINISTERIN MELANIE WALTER: Mein Ziel ist ein zukunftsfähiges, starkes und lebenswertes Niedersachsen. Ein zentraler Schwerpunkt ist der kommende Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), der maßgeblich bestimmt, wie viel Geld wofür von 2028 bis 2034 zur Verfügung stehen wird. Außerdem müssen Verfahren einfacher und flexibler werden, damit europäische Fördermittel effizienter und zielgerichteter dort ankommen, wo sie für innovative Projekte, nachhaltige Entwicklung und zur Stärkung unserer Regionen gebraucht werden.

DNG: *Die neue EU-Förderperiode wirft ihre Schatten voraus. Was ist im Hinblick auf den neuen, Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU-Kommission für die Jahre 2028-2034 für Niedersachsen zu erwarten? Spielen die Länder als regionale Ebene dabei überhaupt noch eine Rolle?*

MW: Wir stehen vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Vorschläge der Kommission bedeuten folgerichtig die umfangreichste Strukturreform des EU-Haushalts seit 1988. Trotz der beeindruckenden Summe von zwei Billionen Euro bleibt durch Schuldentilgungen für die Corona-Sonderprogramme und Inflation wenig Spielraum für neue Themen wie Verteidigung, Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und klimaneutrales Wachstum. Dafür soll es weniger Mittel für die „alten" Politikfelder Kohäsion und Gemeinsame Agrarpolitik geben. Besonders die vorgeschlagene Abschaffung des ELER bereitet uns Sorge, da sie die Kohäsionsmittel und die bewährten Instrumente der ländlichen Entwicklung unter Druck setzt. Darauf müssen wir uns einstellen und uns gleichzeitig für eine größtmögliche Summe für Niedersachsen stark machen.

Das Herzstück der MFR-Reform ist ein neuer großer Fonds, in dem auch die für uns wichtigen Strukturfonds EFRE und ESF sowie die GAP gebündelt werden. Dieser Fonds soll über einen einzigen Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) pro Mitgliedstaat umgesetzt werden. Ich unterstütze ausdrücklich das Ziel der Kommission, mehr Flexibilität, Synergien und Vereinfachung zu schaffen, dies darf aber nicht zu Lasten der Länderzuständigkeiten gehen. Deshalb setze ich mich im Bundesrat, in der Europäischen Ministerkonferenz und im Ausschuss der Regionen dafür ein, dass die Länder als Expertinnen ihrer Belange weiterhin eigenständig und mit „eigenen" EU-Mitteln fördern können. Kommission und Bund sprechen sich bislang für den Erhalt der regionalen Eigenständigkeit aus. Das muss sich auch in den finalen Legislativvorschlägen widerspiegeln und zu praktikablen Umsetzungsmodellen der NRPP führen.

DNG: *Aktuell erarbeiten Sie die Landesstrategie für die neue EU-Förderperiode. Dazu haben zwischenzeitlich Regionalveranstaltungen und Fachwerkstätten stattgefunden. Was ist Ihr Konzept und welche Auswirkungen ergeben sich für unsere ländlichen Räume, insbesondere die ländliche Entwicklung?*

MW: Die übergreifende EU-Landesförderstrategie und der intensive Beteiligungsprozess sind echte Alleinstellungsmerkmale Niedersachsens. Gerade angesichts der Zusammenführung der Politikfelder im NRPP ist es entscheidend, sich frühzeitig strategisch und inhaltlich aufzustellen – auch mit Blick auf die Verhandlungen mit Brüssel und Berlin. Gemeinsam mit der kommunalen Ebene, den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnerinnen und -partnern, den Kammern, der Wissenschaft und Forschung wollen wir die zentralen Handlungsfelder und Schwerpunkte der zukünftigen EU-Förderung für Niedersachsen herausarbeiten. Die rege Beteiligung und das positive Feedback unterstreichen, wie groß das Interesse und die Bereitschaft zur Mitgestaltung sind.

Die Stärkung ländlicher Räume bleibt eine zentrale Aufgabe. Niedersachsen hat sich hierzu ressortübergreifend frühzeitig auf EU-Ebene eingebracht. In den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission wird die Bedeutung der ländlichen Räume auch für die Kohäsion ausdrücklich betont. Wie von uns gefordert, finden sich auch ortsbezogene, territoriale Instrumente und Strategien wie LEADER und die Zukunftsregionen wieder – diese Ziele und Instrumente müssen jedoch mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Die vorgeschlagene Auflösung des ELER darf nicht zu einer Schwächung der ländlichen Entwicklung führen.

DNG: *Welche Rolle spielen die Kommunen bei der Umsetzung dieser Strategie?*

MW: Die Landesförderstrategie dient als Leitlinie für die Landesregierung zur Ausgestaltung der nächsten EU-Förderperiode. Dabei bleibt das Partnerschaftsprinzip für uns zentral: Die Kommunen sind zentrale Partnerinnen bei der Ausarbei-

FOTO: NDS. STK/RAINER JENSEN

tung und erfolgreichen Umsetzung der Förderung. Sie sorgen dafür, dass die Maßnahmen den tatsächlichen Bedarfen und Potenzialen vor Ort entsprechen – aus der Region, für die Region.

DNG: *Die Förderprogramme der EU gelten oft als kompliziert. Wie wollen Sie es schaffen, dass Antragsverfahren künftig einfacher, digitaler und für kleinere Gemeinden besser handhabbar werden?*

MW: Wir arbeiten intensiv daran, die Voraussetzungen zur Nutzung bestehender und zukünftiger Fördermöglichkeiten für alle Beteiligten handhabbarer und zugänglicher zu gestalten. Ein wichtiger Schritt ist die konsequente Umsetzung der Beschlüsse zur Fördervereinfachung des Interministeriellen Arbeitskreises: Die Landesregierung digitalisiert die Zuwendungsverfahren weiter, sodass die Antragstellung und Abwicklung deutlich einfacher und effizienter werden. Die Änderungen hierzu werden bereits zum 1.1.2026 in Kraft treten.

Auch EU-Förderung muss erheblich vereinfacht werden. Die Erkenntnisse aus dem niedersächsischen Prozess „einfach fördern" bringe ich als Europaministerin aktiv in die Gespräche über den zukünftigen Rechtsrahmen ein. Die aktuellen Vorschläge der Kommission, insbesondere zur weitreichenden Nutzung von Pauschalen und Standardkosten, gehen in die richtige Richtung. Ich bin zuversichtlich, dass wir so spürbare Vereinfachungen erreichen werden – gerade auch für kleinere Gemeinden.

DNG: *Viele EU-Richtlinien wirken direkt auf die kommunale Ebene. Wie stellt das Land sicher, dass kommunale Interessen bei der Entstehung neuer Vorgaben rechtzeitig Gehör finden?*

MW: Niedersachsen hat die Regionen fest im Blick: Mit der Einrichtung der Ämter für regionale Landesentwicklung 2014 und der Berufung einer Ministerin für Regionale Landesentwicklung seit 2017 haben wir einen starken regionalpolitischen Ansatz etabliert, der den engen Schulterschluss mit der kommunalen Familie sicherstellt. Die Ämter wirken dabei als Schnittstelle zur Landesregierung, gewährleisten den kontinuierlichen Informationsfluss und eine wirksame Interessenvertretung in beide Richtungen.

Ergänzend dazu sorgt die Niedersächsische Landesvertretung in Brüssel dafür, dass wir frühzeitig über die aktuelle Politik der EU, ihre Gesetzgebungsverfahren und Fördermöglichkeiten informiert sind sowie Niedersachsens Positionen in den europäischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einfließen. Unsere Landesvertretung ist dabei auch Frühwarnsystem, um rechtzeitig auf neue Entwicklungen und Gesetzesinitiativen der EU reagieren zu können. Das stellt sicher, dass die kommunalen Interessen aktiv in die Entstehung neuer EU-Vorgaben eingebracht und die Rahmenbedingungen für unsere Kommunen bestmöglich mitgestaltet werden.

DNG: *Welche Unterstützung bietet das Land den Kommunen bei der Umsetzung neuer EU-Vorschriften?*

MW: Die Niedersächsische Landesregierung setzt EU-Richtlinien möglichst eins zu eins in nationales Recht um und verzichtet bewusst auf zusätzliche Regelungen über die EU-Vorgaben hinaus, um die Umsetzung so ressourcenschonend wie möglich zu gestalten. Unsere Landesvertretung in Brüssel steht ebenfalls als Ansprechpartnerin zur Verfügung: Kommunen können sich direkt an das Fördermittel-Team wenden und individuelle Beratung, Informationen zu aktuellen Ausschreibungen und EU-Initiativen sowie Unterstützung bei der Vernetzung erhalten. Unterstützung gibt es auch bei der Planung von Delegationsreisen zu den EU-Institutionen. So fördern wir den direkten Austausch und stärken die kommunale Stimme auf europäischer Ebene. Darüber hinaus bieten die Ämter für regionale Landesentwicklung den Kommunen vor Ort gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote an, um sie bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Projekte zu begleiten.

DNG: *Sie sind in den letzten Wochen viel durch Niedersachsen gereist. Welche Impulse haben Sie dabei für Ihre weitere Arbeit als Ministerin mitgenommen?*

MW: Als Europa- und Regionalentwicklungsministerin ist das Reisen durch Niedersachsen, nach Straßburg, Brüssel und in die Grenzregionen zu unseren niederländischen Nachbarn fester Bestandteil meiner Arbeit, der mir viel Freude bereitet! Besonders wertvoll sind für mich dabei die Gespräche und Begegnungen mit den Menschen hinter den Projekten, etwa aus unserer Richtlinie „Soziale Innovation". Es beeindruckt mich immer wieder, mit welchem Engagement und Ideenreichtum wir in Niedersachsen die Herausforderungen der Daseinsvorsorge und der sich wandelnden Arbeitswelt angehen. Auch das positive Feedback zu den Regionalen Versorgungszentren bestätigt mich darin, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten weiter zu fördern. Denn klar ist: Eine Blaupause gibt es nicht – jede Region hat ihre eigenen Stärken und Herausforderungen. Meine Aufgabe als Ministerin sehe ich deshalb darin, verlässliche und flexible Rahmenbedingungen zu schaffen, um ihr Potenzial bestmöglich zu entfalten. ▮

Mehr als nur Gießkanne: Warum Niedersachsens Regionalförderung unverzichtbar bleibt

DR. HOLGER MEYER
ist stellvertretender Abteilungsleiter für regionale Landesentwicklung in der Niedersächsischen Staatskanzlei

VON DR. HOLGER MEYER

Die Forderung nach einer soliden Grundfinanzierung der Kommunen ist berechtigt. Sie bildet das demokratische Fundament unseres Landes. Daneben bedarf es auf Landesebene aber auch gezielter Steuerungsmöglichkeiten, um Gleichwertigkeit, Innovation und Zukunftsfähigkeit zu erzielen.

I. BERECHTIGTE KRITIK AM FÖRDERWESEN ANNEHMEN UND LÖSUNGEN ANBIETEN

Die Kritik an der staatlichen Förderpolitik ist in der kommunalen Familie weit verbreitet. So spricht NSGB-Präsident Dr. Marco Trips am Beispiel des Falles „Grasleben“ von einem „exemplarischen Beispiel für Überregulierung in Förderprozessen“ und fordert eine Abkehr von komplizierten Programmen hin zu einer soliden Grundfinanzierung der Kommunen. Die administrative Last, die mit dem Förderwesen eihergehe, lähme gerade kleinere Verwaltungen, überfordere Mitarbeitende und erzeuge letztlich nur Frustration.

Die Forderung ist eindeutig: Zuwendungen für kommunale Fördermittelempfänger gem. §§ 23 und 44 LHO mit einem definierten Landesinteresse und Zuwendungszweck in kommunale Zuweisungen nach NFAG umzuwandeln.

Gleichwohl wissen auch kommunale Verantwortungsträger, dass diese „Weltrevolution“ ausbleiben wird. Distributive Politikansätze wird es insbesondere auf Landesebene auch zukünftig geben. Dafür sprechen mit Blick auf die regionale Landesentwicklung drei handfeste Gründe.

Ausgleich gleichwertiger Lebensverhältnisse: Dies ist ein verfassungsrechtliches und zentrales politisches Ziel. Es gilt sicherzustellen, dass die Menschen in strukturschwachen und oftmals peripheren Räumen ebenfalls gute Chancen auf Beschäftigung, Infrastruktur und Wohlstand haben.

Strukturwandel bewältigen: Regionen, die stark von bestimmten Industrien, wie Kohle, Stahl oder Automobilbau abhängen, sind besonders anfällig für tiefgreifende wirtschaftliche Transformationen, die beispielsweise mit der Digitalisierung oder Dekarbonisierung einhergehen. Die Förderpolitik unterstützt diese Regionen dabei, neue Wirtschaftszweige anzusiedeln und Arbeitsplätze zu sichern.

Ausschöpfen regionaler Potenziale: Förderanreize heben verborgene Potenziale in strukturschwachen Gebieten, indem gezielt in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in die wirtschaftsnahe Infrastruktur investiert wird.

Letztlich zeigt die FES-Studie „Abgebaut, abgehängt, abgewählt“ (2025), dass ein Mangel an Breitbandversorgung, Kitabetreuungsquoten und Schulbildung in ländlichen Regionen statistisch mit wachsender Demokratieunzufriedenheit korreliert. Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur wirken sich demnach langfristig positiv auf das Vertrauen in demokratische Institutionen aus. Eine aktive, strategisch ausgerichtete Regionalentwicklung dient somit auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Stärkung demokratischer Werte und Strukturen.

II. FÖRDERVERFAHREN KONSEQUENT VEREINFACHEN – DAS NIEDERSÄCHSISCHE KOMMUNALFÖRDERGESETZ (NKOMFÖG)

Vertrauen in die Fördermittelempfänger bildet die Grundlage für das neue niedersächsische Förderwesen zugunsten kommunaler Gebietskörperschaf-

ten. Um das zu erreichen, sind die Ergebnisse des Interministeriellen Arbeitskreises zu Vereinfachungen im Förderwesen wirksam umzusetzen, an dem auch die Kommunalen Spitzenverbände mitwirkten. Einen wesentlichen Meilenstein bildet hier das NKomFöG.

In der Novembersitzung verabschiedete der Niedersächsische Landtag das NKomFöG, dessen Kern darauf abzielt, die Bereitstellung und Auskehrung von Fördermitteln an kommunale Empfänger radikal zu vereinfachen. Zukünftig ist die Abwicklung von Zuwendungen an Kommunen außerhalb des Geltungsbereichs des § 44 LHO möglich. Fördermittel können über diesen Weg sowohl pauschaliert budgetiert als auch projektbezogen ausgekehrt werden, um aufwendige Zuwendungsverfahren zu vermeiden. Dabei dürfen die jeweils fachlich zuständigen Ministerien nach § 8 NKomFöG durch Verordnung konkrete Förderverfahren festlegen (inkl. Auszahlung, Pauschalen, Kofinanzierung, digitale Abwicklung). Da das Gesetz gegenüber den Kommunen das Vertrauensprinzip voranstellt, sind Verwendungsnachweise zumeist anhand von Eigenerklärungen zu erbringen. Zeitraubende Vor-Ort-Kontrollen soll es nur noch in wenigen Fällen anlassbezogen geben.

Damit ist nun ein Instrument gegeben, das kommunale Fördergeschehen signifikant zu vereinfachen. Seine Wirkmächtigkeit wird sich allerdings noch beweisen müssen und steht in Abhängigkeit davon, inwieweit die Fachressorts ihre Förderung umstellen. Dabei unterstützt sie die in der Staatskanzlei neu eingerichtete Zentrale Stelle für das Förderwesen.

III. NIEDRIGSCHWELLIGE FÖRDERANSÄTZE ALS ERFOLGSMODELL ETABLIEREN – DAS BEISPIEL ZUKUNFTSRÄUME

Nicht nur Instrumente wie das NKomFöG, sondern auch niedrigschwellige Förderformate können dazu beitragen, das in die Kritik geratene Förderwesen zu rehabilitieren. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Programm „Zukunftsräume Niedersachsen“. Dieses konzentriert sich auf die Stärkung der zentralörtlichen Funktionen dieser Kommunen, da sie wichtige Ankerpunkte für die Daseinsvorsorge im sie umgebenden ländlichen Raum sind. Eingereichte Förderanträge unterliegen einer Auswahl der Besten. Die Ämter für regionale Landesentwicklung (ÄrL) führen aufgrund begrenzter Programmmittel ein Ranking durch.

Die hierzu kürzlich abgeschlossene Evaluation der Firma KoRis zeigt, dass dieses Programm nicht nur erfolgreich eine Förderlücke schließt, sondern auch zentrale Bedarfe zur zukunftsfähigen Entwicklung der Klein- und Mittelstädte adressiert. Der Schlüssel zum Erfolg liegt hierbei in der konsequenten Niedrigschwelligkeit, die sich durch thematische Offenheit und Experimentiercharakter, geringen administrativen Aufwand sowie umfassende Beratungsangebote auszeichnet.

Dies alles war nur möglich, weil das Programm eng abgestimmt und bedarfsorientiert mit den kommunalen Partnern erarbeitet wurde und allein aus Landesmitteln gespeist wird. Ein solch schlankes Programm mit klarer Zielsetzung, das dem zentralörtlichen Raumordnungsprinzip folgt, als EU-Förderung umzusetzen, erscheint zumindest unter dem Multi-Level-Förder- und Überwachungsregime der EU im aktuellen Planungszeitraum 2021-2027 illusorisch. Das zeigen die Erfahrungen mit dem EU-Programm „Zukunftsregionen“. Hier sind auch die kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und EU-Ebene gefordert, dass das neue Förderregime ab 2028 maßgeblich entschlackt und dem Goldplating von Anfang an entschieden entgegengetreten wird.

IV. FAZIT: LANDESFÖRDERUNG VEREINFACHEN UND IN DER WIRKSAMKEIT SCHÄRFEN STATT ABSCHAFFEN

Der Weg für Niedersachsen ist klar: Die regionale Landesförderung ist unverzichtbar für die strategische Entwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes. Sie ist das Instrument, um die Regionen zu befähigen, sich nicht zuletzt auch den Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation zu stellen. Mit der Verlagerung zurück in die Staatskanzlei hat dieser Bereich seit Mai 2025 eine Aufwertung erfahren.

Gleichzeitig muss der berechtigten Kritik der kommunalen Spitzenverbände durch eine konsequente Entbürokratisierung Rechnung getragen werden. Das NKomFöG ist hierfür ein richtiger und notwendiger Schritt, um den uns andere Bundesländer beneiden. Die erfolgreiche Arbeit der ÄrL und die niedrigschwelligen Formate wie die Zukunftsräume können als Blaupause für die künftige Gestaltung der Landesförderung dienen. Ferner sind der Kompetenzaufbaus bei den Kommunen, die fortlaufende, gezielte Beratung durch die ÄrL und die Projektagentur des NSGB entscheidend, um die Förderangebote attraktiv zu halten.

Niedersachsen braucht nicht weniger Förderung, sondern eine strategische, schlanke und regionalisierte Förderung, die das Vertrauen in die kommunale Entscheidungskraft durch vereinfachte Prozesse honoriert. Das ist die erfolgreiche Synthese aus berechtigter kommunaler Kritik und strategischer Notwendigkeit auf Landesseite. ▮

Dr. Marco Trips warb bei der ASG-Herbsttagung dafür, die Herausforderungen ländlicher Räume aktiv anzugehen

FOTO: ASG

„Wer den ländlichen Raum stärkt, stärkt das ganze Land“

Dr. Marco Trips sprach bei Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft

Unter dem Leitmotiv „Stadt. Land. Krise? Polarisierung verstehen, Zusammenhalt gestalten“ lud die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) zu ihrer diesjährigen Herbsttagung nach Göttingen ein. Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden diskutierten dort über die wachsenden Spannungen zwischen urbanen und ländlichen Räumen – und über Wege, wie gegenseitiges Verständnis und gleichwertige Lebensverhältnisse gestärkt werden können. Die Moderation übernahm der freie Journalist Dr. Christian Röther (Deutschlandfunk), die Tagungsleitung lag bei Wolfgang Reimer, Vorsitzender des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Neben wissenschaftlichen Impulsen und Praxisforen bot die Tagung viel Raum für Austausch und Diskussion darüber, wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen erhalten lässt. Unter der Überschrift „Stadt-Land-Beziehungen als Handlungsfeld der Kommunen“ zeichnete Dr. Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), ein klares Bild der aktuellen Herausforderungen ländlicher Räume und machte zugleich Mut, diese aktiv anzugehen.

FOTO: PHOVOIR / SHUTTERSTOCK.COM

Digitalisierung kann dazu beitragen, bestehende Ungleichheiten abzubauen

GLEICHWERTIGKEIT ALS POLITISCHE AUFGABE

Trips betonte, dass das Stadt-Land-Gefälle kein Naturgesetz, sondern eine politische und gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe sei. „Wenn wir Zusammenhalt wirklich wollen, müssen wir ihn aktiv gestalten“, sagte er vor den knapp 100 Teilnehmenden der Veranstaltung. Urbane Räume und ländliche Regionen gehörten untrennbar zusammen, doch ihre Beziehungen seien vielfach aus dem Gleichgewicht geraten, so Trips. Als entscheidenden Faktor für gleichwertige Lebensverhältnisse nannte Trips die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die derzeitige Systematik des kommunalen Finanzausgleichs benachteilige kleinere Gemeinden, weil sie mit weniger Mitteln dieselben Aufgaben erfüllen müssten. „Dabei hat der Landesrechnungshof jüngst festgestellt, dass kleine Kommunen deutlich höhere Investitionsrückstände aufweisen als große Städte“, betonte der Verbandspräsident. Besonders im Bereich von Straßen und Schulen klafften große

Lücken. Förderprogramme seien zudem oft zu komplex, um von kleinen Verwaltungen vollständig ausgeschöpft zu werden. „Ohne vereinfachte Verfahren droht aus Steuerung eine stille Enteignung kleiner Gemeinden zu werden", warnte Trips.

Auch in den Themenfeldern Strukturwandel, Mobilität und Daseinsvorsorge beschrieb Trips die Folgen ungleicher Ausgangsbedingungen. Fusionen und Zentralisierungen könnten zwar Verwaltungskraft bündeln, schwächten aber zugleich die Nähe zwischen Verwaltung und Bürgern. „Ehrenamt, Engagement und lokale Demokratie leben von Sichtbarkeit – nicht von Zentralisierung", betonte er. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuteten zudem, dass Menschen auf dem Land mobil bleiben müssten. Das Deutschlandticket bringe vor allem Städtern Vorteile. Auf dem Land bleibe es „Symbol statt Angebot". Die Zukunft der Mobilität liege daher in flexiblen, vernetzten Modellen – von Carsharing über On-Demand-Angebote bis zu alternativen Antrieben. „Nur wenn die Menschen ihre Alltagswege zuverlässig bewältigen können, bleibt der ländliche Raum lebenswert", so der NSGB-Präsident.

GESUNDHEIT DARF NICHT VON POSTLEITZAHL ABHÄNGEN

Wie eng Mobilität, Gesundheit und Teilhabe zusammenhängen, verdeutlichte Trips am Beispiel der medizinischen Versorgung. „Gesundheit darf nicht von der Postleitzahl abhängen", forderte er angesichts einer wachsenden Ärztekonzentration in Städten. Gleichzeitig werden in Niedersachsen bis 2035 mehr als 1000 Hausärztinnen und Hausärzte altersbedingt ausscheiden. Diese Lücke drohe gerade in ländlichen Regionen zur sozialen Frage zu werden. Die Landarztquote und der Ausbau der Medizinstudienplätze seien richtige Schritte, müssten aber durch gezielte Anreize und weniger Bürokratie bei der Praxisübernahme ergänzt werden. Kommunen dürften zudem mit den finanziellen Lasten von Krankenhausstandorten nicht allein gelassen werden. Daseinsvorsorge, so Trips, sei „keine freiwillige Aufgabe, sondern Kern staatlicher Verantwortung".

Auch die Energiewende nahm der Verbandspräsident in den Blick – als Feld, in dem die Stadt-Land-Ungleichheit besonders sichtbar werde. „Die Energiewende findet überwiegend auf dem Land statt, aber der Nutzen landet häufig in der Stadt", so Trips. Windräder, Photovoltaikflächen und Stromtrassen prägten vielerorts das Landschaftsbild, während die Einnahmen meist woanders verbucht würden. Eine verpflichtende finanzielle Beteiligung der Standortkommunen an Energieprojekten sei daher notwendig, um Akzeptanz und Gerechtigkeit zu sichern. Zudem müssten Netzentgelte bundesweit fair verteilt werden. „Nur wenn Kommunen spürbar profitieren, wird die Energiewende auch eine Erfolgsgeschichte für den ländlichen Raum", betonte er.

DER LÄNDLICHE RAUM ALS RÜCKGRAT DES LANDES

Im Bereich der Digitalisierung sah Trips Chancen, bestehende Ungleichheiten abzubauen – vorausgesetzt, denn die technische Infrastruktur stimme. Flächendeckender Glasfaserausbau, stabile Mobilfunknetze und eine handhabbare digitale Verwaltung seien die Grundvoraussetzungen, damit Homeoffice, Telemedizin oder E-Government auch jenseits der Ballungsräume funktionieren könnten. Das Land müsse kleine und mittlere Kommunen noch stärker bei der Umsetzung unterstützen, etwa bei Genehmigungsverfahren und der Koordination von Ausbauprojekten. „Digitalisierung kann Stadt-Land-Ungleichheiten verringern – wenn wir sie richtig nutzen", so Trips.

Zum Abschluss erinnerte der NSGB-Präsident daran, dass der ländliche Raum nicht als Randgebiet, sondern als Rückgrat des Landes verstanden werden müsse. Hier werde produziert, gearbeitet und Gemeinschaft gelebt. Landwirtschaft, Ehrenamt, regionale Wirtschaftskraft und kulturelles Engagement machten die Dörfer und kleinen Städte zu Trägern gesellschaftlicher Stabilität. „Die Menschen auf dem Land sind keine Bittsteller, sie sind Leistungsträger", betonte Trips und verband dies mit einem klaren Appell: „Wer den ländlichen Raum stärkt, stärkt das ganze Land." ▮

DIE AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT, die seit ihrer Gründung 1947 als „soziale Stimme des ländlichen Raums" wirkt, bot mit ihrer Herbsttagung ein wichtiges Forum, um Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis zusammenzuführen. Neben Fachvorträgen boten Praxisforen und Debatten vielfältige Möglichkeiten zum Austausch.

Preisverleihung ALR-Hochschulpreis 2023: Von links: Michael Schier (Sparkassenverband Niedersachsen), Steffen Spiegel (3. Platz), Ministerin Wiebke Osigus, Juryvorsitzende Dr. Sylvia Herrmann, Julia Theis (2. Platz), ALR-Geschäftsführer Wolfgang Kleine-Limberg, ALR-Vorsitzender Bernd-Rüdiger Beitzel. Leider konnte Jonas Berndmeyer (1. Platz) seinen Preis nicht persönlich entgegennehmen.

FOTO: NEREA LAKUNTZA

Die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e.V.

Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Planungspraxis gemeinsam für die Ländlichen Räume Niedersachsens

Die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e. V. ist ein Zusammenschluss von Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Planungspraxis. Sie alle wollen dazu beitragen, die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum zu verbessern und Strategien für die zukünftige Entwicklung auszuarbeiten. Mit der Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis ist ihr Blick auf die Aktivitäten und Anforderungen der Kommunen und Regionen in Niedersachsen ausgerichtet.

ZIELSETZUNG

Die Erhaltung und Entwicklung ländlicher Räume in Niedersachsen erfordern fachübergreifendes Planungshandeln, Politikgestaltung und Forschung. Die ALR wurde im Jahr 1989 gegründet. Ihre Mitglieder setzen sich vor dem Hintergrund ihrer beruflichen Erfahrungen und fachlichen Expertise engagiert und kreativ für die ländlichen Räume in Niedersachsen ein. Dazu gehören:

- Erfahrungs- und Informationsaustausch von Fachleuten, die Forschung, Verwaltung und Planung in den ländlichen Räumen Niedersachsens betreiben,
- Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die kommunale und regionale Praxis,
- Anregung und Unterstützung von Forschungsarbeiten zu kommunalen und regionalen Anforderungen,
- Auslobung und Verleihung des ALR Hochschulpreises,
- Politikberatung.

SCHWERPUNKTE

Die inhaltliche Arbeit der Akademie konzentriert sich auf die folgenden Themen:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse,
- Demografischer Wandel, Zu- und Abwanderung,
- Digitalisierung, Infrastruktur, Mobilität,
- Nahversorgung,
- Kommunale Entwicklung und Bauleitplanung,
- Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung,
- Land- und Forstwirtschaft, Agrarstruktur,
- Umwelt-, Natur- und Klimaschutz,
- Bildung und Forschung,
- Soziales, Kulturelles und Gesundheitsversorgung,
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

AKTUELLE THEMEN

Getragen von ehrenamtlichen Mitgliederteams führt die Akademie Tagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Exkursionen durch und äußert sich zu aktuellen und zukunftsrelevanten Themen. Regionale und internationale Exkursionen schärfen

unseren Blick für gute Problemlösungen. Im Jahr 2026 stehen die Themen Baukultur, Kultur sowie Wirtschaft im ländlichen Raum, die Belange der Landwirtschaft im Mittelpunkt.

Aktuelle Informationen finden Sie unter www.alr-niedersachsen.de

Um die Belange der ländlichen Räume noch besser gegenüber Landespolitik, Verwaltung und Organisationen vertreten zu können, ist die ALR-Mitglied in der „Allianz Ländlicher Raum" (NSGB, NLT, NHB, ALR). Gemeinsam erarbeiten sie Stellungnahmen zu aktuellen Themen der Landespolitik.

Die Akademie wirkt in der Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in den deutschen Ländern (ARGE Ländlicher Raum) mit, einem Netzwerk, das sich auf Bundes- und Europaebene als Sprachrohr der ländlichen Räume versteht und auf eine Balance zwischen städtischen und ländlichen Räumen abzielt.

JUNGE AKADEMIE

Besonders hervorzuheben sind die Aktivitäten der „Jungen Akademie", die sich Ende 2024 gegründet hat. Mit viel Engagement und Ideen bringen sich Neumitglieder in die Akademie ein und setzen neue Akzente. Mit einem digitalen Stammtisch und einer Kontaktbörse (Speed Dating) gestaltet die „Junge Akademie" ein neues Netzwerk, in das auch langjährige Mitglieder eingebunden werden. Mit neuen Impulsen und frischen Gedanken sichern sie auf diese Weise die Zukunft der Akademie.

ALR-HOCHSCHULPREIS

Unter der Schirmherrschaft der Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung lobt die Akademie jährlich den ALR-Hochschulpreis aus, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zahlreicher Disziplinen zu fördern. Der Wettbewerb ermuntert Studentinnen und Studenten, sich kreativ mit den Perspektiven Ländlicher Räume in Niedersachsen auseinanderzusetzen und innovative sowie anwendungsorientierte Vorschläge für eine zukunftsfähige Entwicklung zu erarbeiten.

Der ALR-Hochschulpreis ist mit einem Preisgeld versehen. Über die Preisträger:innen entscheidet eine hochkarätige Jury aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern niedersächsischer Forschungseinrichtungen.

Die ALR-Jahresexkursion nach Bad Harzburg am 20. Mai 2025 zum Thema „Tourismus" führte neben einem Empfang mit Bürgermeister Abrahms und einem Vortrag auch zu Baumwipfelpfad und Baumschwebebahn: ALR-Mitglied und Samtgemeindebürgermeister Jürgen Meyer (Elbtalaue) macht sich für die Fahrt bereit.

Die diesjährige feierliche Preisverleihung fand am 8. Dezember 2025 im Forum des Sparkassenverbandes Niedersachsen in Hannover statt. Die jährliche Auslobung, ein Archiv der preisgekrönten Arbeiten sowie weitergehende Informationen erhalten Sie unter www.alr-hochschulpreis.de

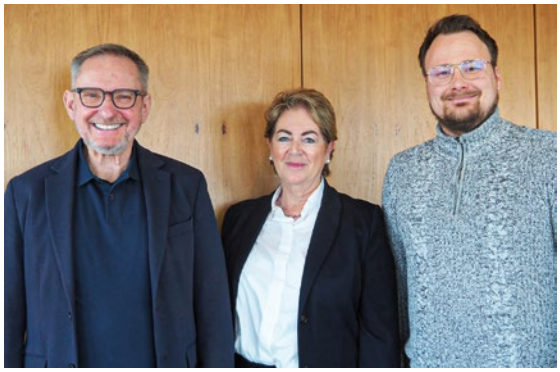
NEUE MITGLIEDER SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

Juristische Personen und Körperschaften des privaten oder öffentlichen Rechts können fördernde Mitglieder, natürliche Personen können ordentliche und fördernde Mitglieder der Akademie werden. Als Mitglied stehen Ihnen die Mitarbeit in der ALR sowie die Teilnahme an Tagungen, Seminaren und Exkursionen der Akademie zu vergünstigten Preisen offen. Mitgliedsanträge können auf der Internetseite heruntergeladen werden „Mitglied werden".

KONTAKT
Niedersächsische Akademie
Ländlicher Raum e. V.
c/o Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
Arnswaldtstraße 28
30159 Hannover
Telefon: 0511 30 285-15
E-Mail: info@alr-niedersachsen.de

Zahnärztliche Versorgung in Niedersachsen – der Status Quo und Maßnahmen zur Sicherstellung

VON MAGNUS HERRMANN



Das Team der Versorgungsförderung der KZVN: v.l.n.r: Dr. Helfried Bieber, Silke Lange, Magnus Herrmann

Knapp 70 Prozent der etwa 3800 in Niedersachsen zugelassenen Zahnärztinnen und -ärzte sind 50 Jahre oder älter, während insgesamt 35 Prozent schon das 60. Lebensjahr erreicht haben. Dieser Befund lässt bereits erahnen, dass der demografische Wandel auch vor der Zahnärzteschaft keinen Halt macht. Auf der anderen Seite stagnieren die Zahlen mit Blick auf die jährlichen Neuzulassungen, da jüngere Zahnärztinnen und -ärzte oftmals eine Anstellung der Selbstständigkeit vorziehen. Auf die zahnärztliche Versorgung in der Zukunft hat dies jedoch einen starken Einfluss: Angestellte Zahnärztinnen und -ärzte haben eine höhere Neigung zur Teilzeittätigkeit und stehen den Patientinnen und Patienten infolgedessen gemessen an ihrer Arbeitszeit nicht in dem Maße zur Verfügung wie zugelassene Zahnärztinnen und -ärzte.

Zwar weist derzeit in Niedersachsen keiner der insgesamt 64 Planungsbereiche einen zahnärztlichen Versorgungsgrad von unter 75 Prozent auf, doch zeigen sich auf der kommunalen Ebene erste Auswirkungen des demografischen Wandels. Um diese besser einschätzen zu können, hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen (KZVN) die Versorgungsgrade für alle Kommunen auf Ebene von Einheits- beziehungsweise Samtgemeinden in Niedersachsen auf Basis der Berechnung für die Planungsbereiche ermittelt und infolgedessen insgesamt 148 Bürgermeister:innen postalisch angeschrieben und über den Stand und die Herausforderungen der zahnärztlichen Versorgung in Niedersachsen und vor Ort informiert. Mit unserem Schreiben boten wir zudem ein Austauschgespräch an, um uns ein konkreteres Bild über die zahnärztliche Versorgung vor Ort zu machen und gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung zu entwickeln, die nach § 75 SGB V unser gesetzlicher Auftrag ist.

HOHE RESONANZ UND WERTVOLLER INPUT

Insgesamt haben wir 90 Rückmeldungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erhalten und konnten 77 Gespräche telefonisch, online oder in Präsenz in den Rathäusern vor Ort führen. Die Größe der kontaktierten Kommunen reicht dabei von kleineren Gemeinden mit rund 4000 über größere Samtgemeinden, die gemeinsam mit ihren Mitgliedsgemeinden bis zu 26 000 Einwohner:innen zählen, bis hin zu Mittelstädten mit einer Einwohnerzahl von knapp 50 000. Ebenso wie die Größe der Kommunen variierte auch der Input, den wir von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erhielten. Während die zahnärztliche Versorgung in einigen Kommunen mit einem solchen Versorgungsgrad bereits jetzt als herausfordernd wahrgenommen wird, berichteten andere davon, dass die zahnärztliche Versorgung für sie keine Herausforderung darstelle. Viele dieser Fälle ließen sich auf eine unmittelbare räumliche Nähe zu einer größeren Stadt zurückführen.

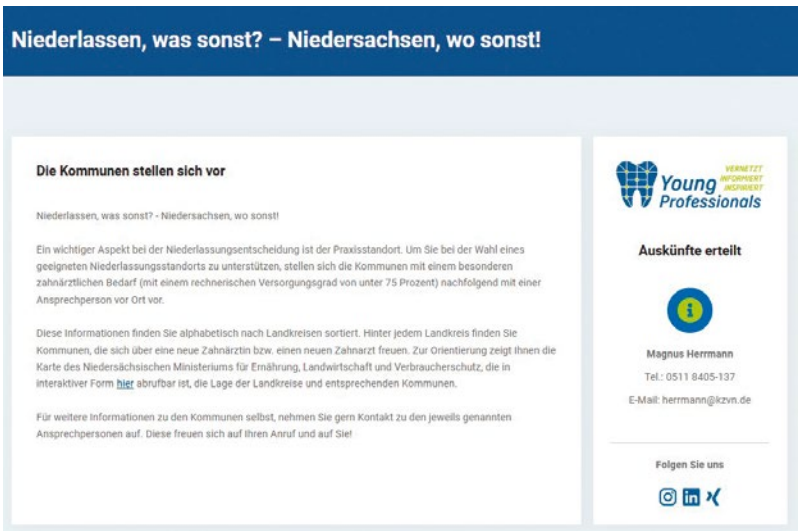
MASSNAHMEN DER KZVN ZUR SICHERSTELLUNG

Die KZVN hat bereits vielfältige Maßnahmen zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum entwickelt und in die Umsetzung gebracht. Hierzu zählt neben dem neuen Informationsangebot für junge Zahnärztinnen und Zahnärzte unter dem Titel „Young Professionals“ auf unserer Website, das auch Imagevideos zur Niederlassung umfasst, und dem Ausbau der Präsenz in den Sozialen Medien vor allem auch der Startschuss für die finanzielle Förderung der

zahnärztlichen Famulatur in Kommunen mit einem besonderen zahnärztlichen Bedarf im Sommer des vergangenen Jahres. Gemeinsam mit der Zahnärztekammer Niedersachsen fördern wir Studierende, die ihre Famulatur in Kommunen mit einem zahnärztlichen Versorgungsgrad unter 75 Prozent absolvieren, mit 200 Euro pro Woche. Darüber hinaus bauen wir unser Veranstaltungsangebot kontinuierlich aus und informieren Niederlassungsinteressierte über die regionalen Versorgungsgrade und die spannenden Möglichkeiten für die Niederlassung im ländlichen Raum.

NIEDERLASSEN, WAS SONST? – NIEDERSACHSEN, WO SONST!

Durch die Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, für die wir uns an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken möchten, haben wir wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die räumlichen Beziehungen in Niedersachsen gewinnen können, die wir in eine Evaluation der Planungsbereiche im kommenden Jahr einfließen lassen. Darüber hinaus haben wir von den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern auch sehr viel über die Vorzüge des ländlichen Raums und die hohe Lebensqualität gelernt. Eindrücke und Erfahrungen, die es nun gilt, an Niederlassungsinteressierte weiterzugeben. Hierzu haben wir auf unserer Website eine neue Rubrik „Niederlassen, was sonst? – Niedersachsen, wo sonst!“ veröffentlicht. In dieser geben wir Kommunen mit einem besonderen zahnärztlichen Bedarf, die Gelegenheit, sich selbst in Text- und Bildform vorzustellen und auf ihre Website zu verlinken. Besonders wichtig ist uns dabei, unseren Leserinnen und Lesern eine Ansprechperson in den Kommunen zu präsentieren. Auf diese Weise können wir unser Wissen aus beiden Bereichen kombinieren: Wir bieten jungen Zahnärztinnen und -ärzten zahlreiche Informationen rund um die örtliche Zahnarztdichte und Praxislandschaft, doch die wesentlichen Informationen über die Kommunen und ihre lebenswerten Besonderheiten liegen in den Rathäusern. Wir sind davon überzeugt, gemeinsam die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Niedersachsen vorantreiben zu können. Im kommenden Jahr wollen wir diese Rubrik in eine neue, eigenständige Website mit vielen neuen Features überführen.



Screenshot der neuen Rubrik „Niederlassen, was sonst? – Niedersachsen, wo sonst“, abrufbar unter https://www.kzvn.de/young-professionals/niederlassen-niedersachsen/

LANDZAHNARZTQUOTE UND DIE ERHÖHUNG DER ANZAHL DER STUDIENPLÄTZE FÜR ZAHNMEDIZIN IN NIEDERSACHSEN

Doch trotz all dieser Maßnahmen ist auch klar, dass wir ohne weitere Zahnärztinnen und -ärzte im System vor großen und wenn überhaupt nur schwer zu meisternden Herausforderungen stehen. Aus diesem Grund setzen wir uns analog zur erfolgten Erhöhung der Anzahl der Medizinstudienplätze und der Einführung einer Landarztquote in Niedersachsen auch für eine Erhöhung der Anzahl der Zahnmedizinstudienplätze und die Einführung einer Landzahnarztquote ein. Insbesondere die Landzahnarztquote, die zum Wintersemester 2025/2026 nun auch in Sachsen-Anhalt startete, bietet nicht nur die Möglichkeit, junge Zahnärztinnen und -ärzte nach ihrem Studium fest für eine Tätigkeit im ländlichen Raum zu gewinnen, sie öffnet das Zahnmedizinstudium auch noch einmal stärker für Personen mit einer fachspezifischen Berufsausbildung und anderen Bildungsbiografien.

Robin Kallenbach, Quartiersmanager Schwarzatal bei der AWO Rudolstadt e.V. (links), mit Laudator Oliver Kamlage, Geschäftsführer Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

FOTO: ASG

Tassilo-Tröscher-Wettbewerb 2025

Mutige und zukunftsweisende Initiativen ausgezeichnet

Die Tassilo-Tröscher-Stiftung hat die Gewinner:innen ihres bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbs 2025 bekanntgegeben. Aus insgesamt 149 Bewerbungen wählte die Jury vier herausragende Projekte aus – darunter auch einen Jugendpreisträger. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) in Göttingen statt.

Der Tassilo-Tröscher-Jugendpreis ging in diesem Jahr an das Ortsjugendwerk Schwarzatal. Die Initiative entstand im Zuge einer Demonstration gegen Rechtsextremismus und setzt ein deutliches Zeichen für Demokratie, Mitbestimmung und Vielfalt. Als erstes ortsübergreifendes Jugendwerk der AWO in Thüringen bietet es jungen Menschen im Schwarzatal einen geschützten Raum für Austausch, Engagement und selbstbestimmte Freizeitgestaltung. In einer Region, die teils von rechtsextremen Strukturen geprägt ist, schafft das Projekt ein überörtliches Gegenangebot für Jugendliche, die sich für Offenheit und Toleranz einsetzen. Laudator Oliver Kamlage, Geschäftsführer des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, würdigte das Engagement mit den Worten: „Demokratie lebt nicht nur in Parlamenten, sie lebt auf den Bolzplätzen und in Jugendclubs. Sie ist nicht nur eine Staatsform, sie ist ein Lebensgefühl, und wir alle müssen etwas tun, damit sie uns erhalten bleibt."

Ebenfalls mit dem Tassilo-Tröscher-Preis ausgezeichnet wurde die Generationenhilfe Börderegion e.V. aus Hohenhameln in Niedersachsen. Der Verein unterstützt seit 2012 hilfebedürftige Seniorinnen und Senioren im Alltag und schafft mit der Begegnungsstätte „Mittelpunkt" im Ortskern ein lebendiges Zentrum für Jung und Alt. Dank eines vereinseigenen Fahrdienstes können auch weniger mobile Menschen an den vielfältigen Freizeit- und Unterstützungsangeboten teilnehmen.

Weitere Preise gingen an die von Frauen geführte Gärtnerei Wildling Blumen im baden-württembergischen Markgräflerland, die nachhaltige Landwirtschaft mit sozialer Verantwortung verbindet, sowie an die Lerchenbergmühle GmbH bei Leipzig. Das Dienstleistungszentrum für Biolandwirtschaft stärkt mit neuen Verarbeitungsmöglichkeiten und regionalen Absatzwegen die Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Seit 1995 zeichnet die Tassilo-Tröscher-Stiftung alle zwei Jahre Menschen aus, die mit innovativen Ideen und großem Engagement das Leben im ländlichen Raum verbessern. Mit dem zusätzlichen Jugendpreis würdigt sie seit 2021 besonders junge Menschen, die Verantwortung übernehmen und ihre Heimat aktiv mitgestalten. Die Stiftung wurde 1992 von Staatsminister a.D. Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher gegründet. Als Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. setzte er sich zeitlebens für bessere Lebensbedingungen in ländlichen Regionen ein – ein Anliegen, das die Stiftung bis heute fortführt.

28. Landeswettbewerb Unser Dorf hat Zukunft

Backemoor, Heckenbeck und Meyenburg werden für den Bundeswettbewerb nominiert

VON LARA BRUNGS

LARA BRUNGS ist Mitarbeiterin der UAN und betreut unter anderem den Bereich „Unser Dorf hat Zukunft“

Bei der Abschlussveranstaltung des 28. niedersächsischen Landeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ am 22. September 2025 in Kirchboitzen wurden Vertreter:innen der 18 Dörfer der Finalrunde empfangen und Preise verliehen. Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte überreichte die Urkunden, Preisgelder und Plaketten an alle 18 Dörfer. Sie betonte, dass die teilnehmenden Dörfer bewiesen hätten, wie viel Engagement und Zukunftsideen in Niedersachsen stecken.

Im August bereiste die Jury innerhalb von sechs Tagen unter der Leitung des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die 18 nominierten Dörfer. Die Teilnehmenden hatten sich zuvor über Wettbewerbe auf Landkreisebene und der Region Hannover qualifiziert. Insgesamt nahmen 172 Dörfer in Niedersachsen am Dorfwettbewerb auf der ersten Ebene teil. Die Landessieger Backemoor (Landkreis Leer), Heckenbeck (Landkreis Northeim) und Meyenburg (Landkreis Osterholz) vertreten Niedersachsen nun beim Bundeswettbewerb 2026. Wir drücken die Daumen für eine erfolgreiche Teilnahme!

WEITERE AUSZEICHNUNGEN

Folgende 15 Dörfer erhielten neben den Landessiegern eine Urkunde, eine Plakette und ein Preisgeld:

Bethen (LK Cloppenburg), Clusorth-Bramhar (LK Emsland), Dingstede (LK Oldenburg), Edendorf (LK Uelzen), Eggeloge (LK Ammerland), Gielde (LK Wolfenbüttel), Glinstedt (LK Rotenburg Wümme), Hepstedt (LK Cloppenburg), Marren (LK Cloppenburg), Mesmerode (Region Hannover), Ottenstein (LK Holzminden), Potshausen (LK Leer), Quendorf (LK Grafschaft Bentheim), Reepsholt (LK Wittmund), Rössing (Landkreis Hildesheim).

HINTERGRUND ZUM WETTBEWERB

Dörfer müssen sich zunehmend Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der soziokulturellen Vielschichtigkeit und dem Klimawandel stellen. Hierbei geht es neben der Bau- und Grüngestaltung vor allem um die ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung der Dörfer. Die Zukunft der Dörfer hängt dabei maßgeblich vom Engagement der Bevölkerung und ihrem Einsatz für die Erhaltung, Gestaltung und Entwicklung des Dorfes ab. Hierfür werden beispielsweise in Verwaltung, Vereinen, Verbänden, Kirchen und Wirtschaftsbetrieben Verantwortungsgemeinschaften gebildet, die in Eigeninitiative aktiv an der Entwicklung ihres Lebensumfeldes interessiert sind.

Das Land möchte diesen Aktivitäten und Leistungen mit dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ zu mehr Anerkennung und Wahrnehmung verhelfen. Der Wettbewerb befindet sich mittlerweile in der 28. Runde und hat sich sichtlich etabliert.

Wir danken allen teilnehmenden Dörfern!

Aktive Vernetzung: Wendy Pfeil, Sarah Frank, Clara Müller, Sonia Gentemann, Heitmar Benson von der UAN (v. li)

40 Jahre UAN – unsere Jubiläumsfeier am 29. Oktober 2025

Am 29. Oktober 2025 feierte die Kommunale Umwelt-Aktion UAN ihr 40-jähriges Bestehen in den Räumlichkeiten der VGH. Knapp 100 Leute waren gekommen: Mitglieder und fördernde Mitglieder, Partner:innen und Wegbegleiter:innen aus Verbänden, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und, sehr zur Freude aller, viele ehemalige UAN-Mitarbeiter:innen.

Nach Rückblicken auf die vielfältigen und kreativen Angebote und Aktivitäten der UAN in den ersten vier Jahrzehnten – bildlich präsentiert vom aktuellen Team der UAN und eindrucksvoll an Stellwänden präsentiert – wurde der Blick auf die Zukunft und die notwendige Transformation des Handelns gerückt. Der Klimawandel und die Veränderungen unserer Lebensumwelt machen den großen Handlungsbedarf deutlich. Dies griffen in ihren Grußworten auch der Sprecher der UAN und Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, Umweltminister Christian Meyer, UAN-Gründungsvater Dr. Wulf Haack, der langjährige Geschäftsführer der UAN, Joachim Vollmer, und der Beigeordnete des Deutschen Städte- und Gemeindesbundes, Bernd Düsterdiek, auf. Sie spannten den Bogen in die Gegenwart und ermunterten die UAN, in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Um es mit den Worten von Bernd Düsterdiek zu sagen: „Wenn es die UAN noch nicht gäbe, müsste man sie jetzt erfinden!“

Professor Jörg E. Drewes, TU München, „Wasser in einer aufgeheizten Welt“, und Professorin Maike Sippel, HTWG Konstanz, „Die Welt, der Wandel und ich“, gaben in ihren Festreden wesentliche Impulse für die drängenden Zukunftsthemen, für die Gestaltung des Wandels und Mut für das notwendige Changemanagement.

Wesentliche Botschaften von Professor Drewes waren, dass Extremereignisse mit zu viel und zu wenig Wasser weiter zunehmen werden und wir uns auf Risiken und Unsicherheiten neuer Qualität einstellen müssen. Ein proaktives Handeln ist notwendig mit dem Ziel, die Resilienz gegenüber Wasserkrisen zu erhöhen (Puffer schaffen, naturbasierte

Im Gespräch: Joachim Vollmer, langjähriger Geschäftsführer der UAN, Dr. Wulf Haack, Gründungsvater der UAN, und Britta Apelt, ehemalige UAN-Mitarbeiterin (v. li)

Dr. Katrin Flasche bei ihrer überraschenden Ehrung zur 25-jährigen UAN-Tätigkeit durch Dominik Jung

Vernetzung funktioniert – Wollknäuel gefangen: Prof. Maike Sippel, HTWG Konstanz, Prof. Jörg E. Drewes, TU München (re), Tolga Özbek-Hanke, VGH (li)

Lösungen, „grünes“ Wasser in Pflanzen und Boden berücksichtigen, Wasserangebote diversifizieren, adaptive, modulare technische Lösungen, …). Wasser ist nicht nur der Bote, der die schlechte Nachricht des Klimawandels überbringt, sondern auch ein Förderer der Klimaschutzmaßnahmen.

Professorin Sippel nahm ihr Auditorium auf der emotionalen Ebene mit und knüpfte bei der Suche vieler Menschen nach einer tieferen Verbindung zu sich selbst sowie zu Menschen und Orten an. Sie sieht ihre eigene Verantwortung und zeigte mutmachend auf, dass wir im privaten und/oder beruflichen Umfeld Wandel gestalten und leben können, was sie auch in ihrem Buch gleichnamigen Titels eindrücklich ausführt.

Die UAN nimmt diese Impulse für ihre Arbeit im fünften Lebensjahrzehnt dankbar auf und sieht ihre zukünftigen Aufgaben in den thematischen Schwerpunkten, die Resilienz beim Thema Wasser zu steigern (Begleitung der Hochwasserpartnerschaften und regionaler Wasserpartnerschaften, Ausbau und Weiterentwicklung des Starkregen Netzwerkes Niedersachsen), die Klimafolgenanpassung in kleinen und mittleren Gemeinden zu fördern sowie die kommunale Nachhaltigkeit zu unterstützen. Alle Angebote und Aktivitäten der UAN haben das Ziel, Lösungen der praktischen Umsetzung vor Ort entstehen zu lassen und hiermit auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz zu leisten.

„Zum Glück dürfen wir auf ein langjähriges, vertrauensvolles, gutes kommunales Fundament und Vernetzung mit vielen Organisationen, Fachpartnern und Fördermittelgebern aufbauen. Das ist die Basis, auf der wir in die Zukunft gehen wollen“, so Geschäftsführerin Dr. Katrin Flasche.

„Für diese Gemeinschaftsaufgaben sind heute Netzwerke, ein Handeln auf Augenhöhe und die Übernahme von Verantwortung notwendig. Wir freuen uns, diese Netzwerke zur praxisnahen, kommunalen Umweltarbeit auch im fünften Lebensjahrzehnt der UAN mit Ihnen zusammen zu leben. Lassen Sie uns gleich heute beginnen!“ Mit diesen Worten beendete Geschäftsführer Dominik Jung den Vortragsteil der Festveranstaltung und das grüne Wollknäuel zum Vernetzen wurde ins Auditorium geworfen.

Die Vorträge von Prof. Jörg E. Drewes und Prof. Maike Sippel sind unter **www.uan.de** abrufbar. ▮

Das Team der UAN sagt Danke: Wendy Pfeil, Sarah Frank, Clara Müller, Sonia Gentemann, Heitmar Benson, Dominik Jung, Dr. Katrin Flasche, Dr. Heike Neukum, Beatrice Kausch, Malin Delfs, Dörte Busse-Meyn, Lara Brungs, Julian Ogrodnik (v. li)

FOTOS (5): MICHAEL LÖWA

Schulisches Mobilitätsmanagement – neue Fortbildung für sicherere Schulwege

VON JANIKA DUCKS UND MARIO JANSEN

JANIKA DUCKS ist Mobilitätsmanagerin bei der Landesnahverkehrsgesellschaft mbH

MARIO JANSEN ist Präventionsberater sowie Referent für Sicherheit und Gesundheit beim Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover

19 Akteurinnen und Akteure haben sich in Niedersachsen zum „Bündnis Sichere und Nachhaltige Schulwege“ zusammengeschlossen. Das Bündnis hat bereits eine erste Fortbildung für Mitarbeiter:innen von Kommunen auf die Beine gestellt. Im Sommer 2026 wird die Qualifizierung erneut angeboten.

WAS IST SCHULISCHES MOBILITÄTSMANAGEMENT?

Das Bündnis will Schulträger, also Gemeinden und Landkreise, dabei unterstützen, Schulisches Mobilitätsmanagement auf regionaler Ebene anzustoßen oder erfolgreich fortzuführen. Maßnahmen des Schulisches Mobilitätsmanagement richten sich an Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern, um das Mobilitätsverhalten und damit den Schulweg sicherer, umweltfreundlicher, barrierefreier, gesünder und selbstständig bewältigbar zu gestalten.

DIE QUALIFIZIERUNG

Dafür hat eine Arbeitsgruppe des Bündnisses unter der Leitung der MOBILOTSIN, der Beratungseinheit der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) die „Qualifizierung Koordinatorinnen und Koordinatoren schulisches Mobilitätsmanagement“ entwickelt. Sie richtet sich an kommunale Mitarbeiter:innen. Es können ebenso Einzelpersonen wie Teams von zwei bis drei Personen teilnehmen.

Die Kosten für die Qualifizierung werden von den Gemeinde Unfallversicherungsverbände in Niedersachsen (GUVH, GUV-OL und BS-GUV) übernommen. Die Organisation und Umsetzung liegen bei der GUVH und der MOBILOTSIN.

DARUM GEHT ES:

Es haben sich am 11. und 12. Juni 19 Personen in Hannover zu Koordinatorinnen und Koordinatoren kommunales schulisches Mobilitätsmanagement ausbilden lassen. Zwischenziel ist, dass die Teilnehmer:innen später eigene, lokale „Bündnisse für Sichere und Nachhaltige Schulwege“ vor Ort aufbauen.

Mit vielen praktischen Übungen und Workshops haben die Teilnehmer:innen die Grundlagen des Schulischen Mobilitätsmanagements kennengelernt. Dazu unterstützen zwei externe Referenten das Seminar: Am ersten Tag hat Lutz Wöllert von der Identitätsstiftung die Teilnehmer:innen in das Thema Kommunikation und Change-Management eingeführt. Am zweiten Tag folgte ein praktisches Beispiel von Teike Scheepmaker aus dem Kreis Pinneberg, der den dortigen Prozess zum schulischen Mobilitätsmanagement vorgestellt hat. Anschließend erarbeiteten die Teilnehmer:innen ihre persönliche Akteurslandschaft und identifizierten ihre ersten Schritte zum Start des Prozesses – es ging also um die Frage, wer vor Ort mitarbeiten kann, damit Schulwege besser werden. Zum Beispiel können neben Schulen auch Verbände und Vereine wie der ADFC oder VCD miteinbezogen werden. Auch die lokale Polizei und Verkehrsunternehmen können wichtige Partnerinnen für die Schulwegsicherheit sein.

Wichtig ist vor allem, Ideen und Impulse für die Praxis zu geben, damit die Teilnehmer:innen in ihrer Kommune einen eigenen Prozess Schulisches Mobilitätsmanagement aufbauen, und langfristig

BÜNDNIS FÜR SICHERE UND NACHHALTIGE SCHULWEGE

Thema „Kommunikation und Change-Management“ mit Lutz Wöllert

weiterentwickeln können. Mit der Initiierung des lokalen „Bündnisses für Sichere und Nachhaltige Schulwege“ in der Kommune oder dem Landkreis gilt die Qualifizierung als erfolgreich abgeschlossen.

PATINNEN UND PATEN

Erfahrene Patinnen und Paten aus dem Bündnis „Sichere und Nachhaltige Schulwege“ unterstützen die neu ausgebildeten Koordinatorinnen und Koordinatoren bei der konkreten Arbeit in den Kommunen. Die Patinnen und Paten verstehen sich als externe Vertrauenspersonen, die ein unabhängiges und reflektiertes Feedback zu Fragen der Umsetzung geben können. Sie helfen ebenfalls bei der Vernetzung zu weiteren Expertinnen und Experten oder relevanten Themen.

AUSBLICK

Im November schloss sich an das zweitägige Seminar ein Online-Austausch mit den Teilnehmer:innen an, in dem der vor Ort erzielte Fortschritt, zusätzliche Praxisbeispiele sowie gemeinsame Herausforderungen und offene Fragen diskutiert wurden.

Die nächste Qualifizierung findet am 10. und 11. Juni 2026 in Hannover statt. Die Anmeldung erfolgt über den Seminarbereich der GUVH: https://app.seminarmanagercloud.de/389/kl/bp/D8PGmOHHjEyIYVvutB9X6w

Wenn Sie über weitere Neuigkeiten zu der Qualifizierung sowie weiteren Mobilitätsangeboten rechtzeitig informiert werden wollen, abonnieren Sie unseren Newsletter. Sie finden die Anmeldung am Fuß der folgenden Homepage.

WEITERE INFOS ZU DER QUALIFIZIERUNG:

https://www.mobilotsin-niedersachsen.de/qualifzierung/qualifizierung-schulisches-mobilitatsmanagement/

Harsefelds Weg in die Zukunft: Die SmartCity als nachhaltige Ökosiedlung

In kooperativer Zusammenarbeit zwischen dem Flecken Harsefeld und der ortsansässigen Firma Viebrockhaus entstand die SmartCity – eine nachhaltige Ökosiedlung, die am 22. September 2023 feierlich eröffnet wurde.

Die Vision, gemeinsam Klimaschutz und Innovation zu vereinen, führte zum Bau von 18 nachhaltig gebauten Effizienz-Einfamilien- und Doppelhäusern.

Diese Häuser sind energieeffizient, CO_2-neutral und mit Photovoltaikanlagen ausgestattet, die den gesamten Energiebedarf abdecken. Durch intelligente Vernetzung kann überschüssige Energie im Quartier geteilt werden.

REGENWASSERMANAGEMENT

Die SmartCity zeichnet sich außerdem durch ein besonderes Regenwassermanagement aus: Straßen und Wege nehmen über eine Schotterschicht Wasser auf, Zisternen und Rigolen speichern Überschüsse, und die Häuser haben Gründächer, die das Wasser zurückhalten und das Mikroklima verbessern.

GROSSZÜGIGE GRÜNFLÄCHEN

Das SmartCity-Quartier fügt sich nahtlos in das Neubaugebiet von Harsefeld ein, das durch großzügige Grünflächen geprägt ist. Viele Wege in diesen Grünflächen ermöglichen kurze Anbindungen an die Ortsmitte, sodass man schnell zu Fuß den Ortskern und die dortigen Infrastruktureinrichtungen erreichen kann.

Der Flecken Harsefeld hat es sehr begrüßt, dass durch das Konzept der SmartCity unser Neubaugebiet noch weiter ökologisch aufgewertet werden konnte. Dieser ökologische Gedanke war von Anfang an ein zentraler Bestandteil der städtebaulichen Planung in Harsefeld.

TECHNOLOGIE UND LOKALE VERANTWORTUNG

Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie moderne Technologien und lokale Verantwortung Hand in Hand gehen können. Es zeigt, dass der Flecken Harsefeld nicht nur auf Wachstum setzt, sondern auf eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft.

FOTOS (3): STADTMARKETING HARSEFELD

KommunalAkademie
Kommt auf den Punkt.

SEMINARE FÜR RATSMITGLIEDER

Kommunalverfassungsrecht – Gemeindliche Bauleitplanung – Kommunales Haushaltswesen

SEMINARE FÜR NEU GEWÄHLTE RATSMITGLIEDER UND „ALTE HASEN“

Sie werden zum ersten Mal in den Rat gewählt und kommunale Themen sind für Sie neu? Sie sind schon länger dabei und möchten Ihr Wissen auffrischen? Die Kommunalakademie des NSGB unterstützt Sie dabei mit Grundlagenseminaren aus der Reihe KomFort – Kommunale Fortbildung für Ratsmitglieder.

SCHULUNG DURCH QUALIFIZIERTE UND ERFAHRENE PRAKTIKER:INNEN AUS NIEDERSÄCHSISCHEN KOMMUNEN

VERTIEFENDE VERANSTALTUNGEN IM VERLAUF DER WAHLPERIODE

Etwa mit den Themen „Finanzierung der Gemeinden“, „Windenergie“ oder „Zusammenarbeit in Samtgemeinden“.

ORTSNAH FLÄCHENDECKEND IN GANZ NIEDERSACHSEN ODER ONLINE

Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt durch Samstagsseminare.

KURZSCHULUNGEN ZU TEILTHEMEN BEREITS VOR DER KOMMUNALWAHL

In zweistündigen Online-Schulungen werden Teilthemen etwa aus dem Kommunalverfassungsrecht oder der Bauleitplanung vermittelt, die eine Auffrischung, Vertiefung oder auch die Vorbereitung auf Interessenschwerpunkte in der nächsten Wahlperiode bieten.

ONLINE-SEMINARE ÜBER „ZOOM“

Sie benötigen nur einen Rechner oder Tablet mit Kamera und Mikrofon.

FOTO: RAWPIXEL.COM – STOCK.ADOBE.COM

EINLADUNG über die Verwaltungen der Mitgliedskommunen des NSGB.

INHOUSE-VERANSTALTUNGEN...

...finden in den Kommunen vor Ort statt und können von einer einzelnen Kommune oder gemeinsam von mehreren Mitgliedsverwaltungen gebucht werden.

SEMINARANGEBOTE UND ANMELDUNG

www.kommunalakademie.de
> „Seminare für Ratsmitglieder“

Ansprechpartnerin für KomFort
Manuela Honkomp, Tel. 0511 30285-68,
E-Mail: honkomp@nsgb.de

FOTO: ANTON GVOZDIKOV – STOCK.ADOBE.COM

Die Dienstleistungstochter des NSGB – Ihre KWL!

Wir führen für Sie Ausschreibungen in den Bereichen Energie, Postdienstleistungen, Kommunalfahrzeuge und Feuerwehrfahrzeuge durch.

Lassen Sie sich gern von uns beraten.

www.kwl.digital

FOTO: ISTOCK/A STOCKPHOTO

FOTO: ISTOCK/MICHAEL STIFTER

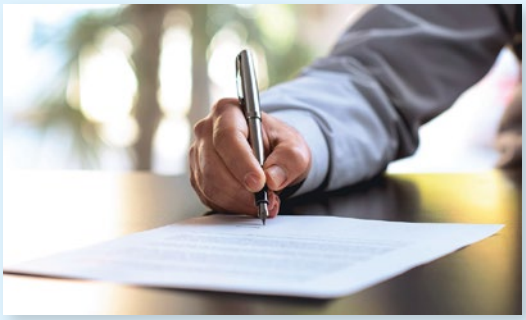


FOTO: ISTOCK/ILKERCELIK

FOTO: ISTOCK/CHAINARONG PRASERTTHAI

Energie & Kommunales
Matthias Hoppe
fon 0511 30285 77 **mail** hoppe@nsgb.de

Kommunales
Nils Uhrbach
fon 0511 30285 48 **mail** uhrbach@nsgb.de

Feuerwehr
Petra Schulz
fon 0511 30285 67 **mail** schulz@nsgb.de

Tobias Wilhelm
fon 0511 30285 19 **mail** wilhelm@nsgb.de

Monika Meyer
fon 0511 30285 78 **mail** monika.meyer@nsgb.de

Andreas Nielebock
fon 0511 30285 71 **mail** nielebock@nsgb.de

Feuerwehrbedarfsplanung
Tobias Wilhelm
fon 0511 30285 19 **mail** wilhelm@nsgb.de

Kooperationen & Rahmenvereinbarungen
Mona Fiedler
fon 0511 30285 66 **mail** fiedler@nsgb.de

Profitieren Sie auch von unseren **Sonderkonditionen** im Bereich

Telefonie – Festnetz und Mobilfunk
Kerstin Hillebrecht
fon 0511 30285 51 **mail** hillebrecht@nsgb.de

Rechnungswesen
Anke Lächelt
fon 0511 30285 59 **mail** laechelt@nsgb.de

Andrea Peters
fon 0511 30285 43 **mail** peters@nsgb.de

KWL
Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft

Kommunale Wirtschafts- und
Leistungsgesellschaft mbH
Arnswaldtstraße 28, 30159 Hannover
fon 0511 30285-0 **fax** 0511 30285-76
mail kwl@nsgb.de